

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Schulzeitung. 1860-1933 1926

(20.3.1926) Beilage zu Nr. 13 der Badischen Schulzeitung

Beilage zu Nr. 13 der Badischen Schulzeitung

Samstag, den 20. März 1926.

Die Lehrerbildungsfrage im Haushaltsausschuß des Badischen Landtags.

Nachdem das Staatsministerium unter dem 16. Februar 1926 dem Landtag den neuen „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes“, die Lehrerbildung betr., vorgelegt hatte, beschäftigte sich der S.-A. mit diesem Entwurf von Anfang März an. Zum Berichterstatter im Ausschuß war zuletzt der soz. Abg. Rückert ernannt worden, nachdem in verschiedenen Verhandlungen die Gewinnung eines Berichterstatters aus den nicht zur Koalition gehörenden Parteien wegen deren ablehnenden Haltung mißlungen war. Für die Behandlung der Vorlage wurden zwei Lesungen bestimmt und ein schriftlicher Bericht vorgelesen.

Der Berichterstatter gab eingangs einen kurzen Überblick über die Frage. Er verwies auf die R.-V. (Art. 143 II), wonach

„die Lehrerbildung nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, für das Reich einheitlich zu regeln sei.“

Der Referentenentwurf des Reichsministers d. J. vom 12. September 1921 habe vorgehoben:

1. Hochschulreife als Vorbildung,
2. Hochschulstudium und praktische-pädagogische Schulung,
3. Abbau der bestehenden Lehrerbildungsanstalten mit Beginn von 1922/23 und
4. Aufnahme von Lehramtskandidaten nach 1928 nur auf Grund der neuen Ausbildung.

Da das Reich bei späteren Besprechungen nicht zur Übernahme der Kosten bereit war, hätten die F.-M. der Länder sich gegen eine Verpflichtung zur Durchführung des Art. 143 II gewehrt. Sonach verzichtete die R.-A. auf Inanspruchnahme des Art. 10 Ziffer 2 der R.-V. (Einspruchsrecht gegen Landesgesetze) und überließ es den Ländern, vorläufige Entscheidung zu treffen.

In Baden habe der Landtag am 9. Mai 1922 die Regierung um Vorlage einer Denkschrift über die Lehrerbildungsfrage ersucht. Diese sei am 7. Mai 1923 dem Parlament zugegangen. Am 19. Juli 1924 sei ein Antrag angenommen worden, die finanzielle Belastung bei einer Regelung nach dem sog. zweiten Weg der Denkschrift (Hochschulreife und viersemestriges Berufsstudium) zu prüfen. Bei der Voranschlagsberatung habe die Regierung unter dem 5. August 1924 diese Gesamtbelastung in allen Konsequenzen — auch auf die übrige Beamtenchaft! — bekanntlich mit 21 Millionen angegeben. Ein Antrag des S.-A. habe dann die Vorlage eines Gesetzesentwurfes gewünscht. Dieser erste Entwurf sei im Sommer 1925 zur Beratung gestanden, jedoch in der Beratung stecken geblieben. Der neue Entwurf wird dann vom Berichterstatter in seinen Grundzügen und in seiner Wirkung besprochen.

Der Unterrichtsminister geht von dem Gedanken aus, daß die Reichsregierung abgelehnt habe, die finanzielle Belastung zu tragen. Der Bad. Landtag habe in seinem Beschluß von 1924 die Regelung „in Anlehnung an Preußen und Württemberg“ ins Auge gefaßt. Württemberg habe noch keine Entscheidung getroffen, in Preußen sei die Regelung mit Abitur und zweijährigem Pädagogischen Akademien erfolgt. Die Grundlagen des ersten Gesetzesentwurfes von 1925 habe der Landtag abgelehnt. Er habe neben Abitur auch Primareife für den Zugang beschlossen. Im U.-M. sei ihm zuerst der Vorschlag gemacht worden, als ein Provisorium in den seitherigen Anstalten nur mit Abiturienten weiterzuarbeiten. Er habe diesen Vorschlag erst unterschrieben, ihn aber dann wieder zurückgezogen. Da die Landtagswahl kein wesentlich anderes Ergebnis in der parlamentarischen Zusammensetzung gebracht habe, habe er sich

1. nach den maßgebenden Mehrheitsverhältnissen gerichtet, wonach eine Vorlage wie die frühere keine Aussicht auf Erfolg hatte,
2. die Erfahrung in den übrigen Ländern angesehen.

Hessen habe eine räumliche Trennung von der Hochschule, auch Preußen. Seine Überlegungen seien gewesen: nur Abiturienten mit guten Durchschnittszeugnissen zu berücksichtigen. In konfessioneller Hinsicht solle der status quo aufrechterhalten werden. Seine Vorlage sei eine organische Grundlage zur Fortentwicklung.

Die Kritik habe scharf eingesezt und alle Lehrer lehnten die Vorlage ab. Selbst Männer, wie Sickingen-Mannheim, vertreten den Standpunkt, daß die Regierungsvorlage sogar weit hinter Mecklenburg zurückbleibe. Diese Äußerungen zeigen eine völlig falsche Voraussetzung bezüglich der Sachbeurteilung. Er habe für sich und seine Partei ein gerüttelt Maß von Vertrauen in die Waagschale zu werfen. Er sei bereit, das zu tun. Die Vorlage befriedige auch weder die Lehrer noch die Kirchen, daraus sei zu ersehen, inwieweit den Wünschen der Kirche entgegengekommen sei.

Bezüglich der bisherigen Lösungen habe sich der Minister persönlich an Ort und Stelle erkundigt. Schriftlich seien keinerlei genügende Auskünfte zu erlangen gewesen. Auf seine Frage, ob der Erfas im Umfang des Verbrauchs gesichert sei, konnte keine glatt bejahende Antwort erteilt werden. Man habe auf den Abschluß in Preußen verwiesen, von wo man im äußersten Falle vorläufig Zugang erhalten könne. Das sei gewiß kein wünschenswerter Zustand. Die drei preussischen Akademien hätten allerdings reichlich Meldungen, ob das aber so bleibe, wenn der Vorrat verbraucht und der ganze Bedarf durch Neuzugang gedeckt werden müsse, bleibe abzuwarten. Grundlage des Mangels an Zugang sei die Unsicherheit, daß kein Äquivalent für den Studienaufwand gegeben sei.

Bezüglich der finanziellen Wirkung ergäbe sich die Hauptfrage sofort, wenn die ersten akademischen Lehrkräfte heraus seien. Noch sei man sich nicht klar, was dann werden müsse, das scheine aber festzustehen, daß dann die Länder in eine furchtbare Gefahr kämen. Daß die oberen Beamten dann alsbald eine Höherstufe verlangen und daß auch die mittleren Beamten Folgerungen ziehen werden, scheine unvermeidlich.

In der sozialen Herkunft der Lehrerschaft würde sich eine totale Umschichtung vollziehen, wenn nicht gewaltige Studienhilfen für die unteren Schichten aufgebracht würden. Ob im übrigen nicht auch Preußen bei eintretendem Mangel an Zugang auf die badische Einrichtung eines Vorkurses käme, sei abzuwarten. In Sachen bedeute das Studium jetzt schon einen Fehlschlag. Bei jener Regelung sei nur eine gleichzeitige Erledigung der Bildungs- und Befoldungsfrage in der Lage, den Zugang zu sichern.

Auch bei uns soll das Alte beseitigt und durch wertvolles den heutigen Verhältnissen entsprechendes Neues ersetzt werden. Das sei schon durch die in der Anlage gegebenen Lehrpläne aufgezeigt. Das Internat sei in Zukunft eine selbständige Einrichtung und nicht mehr Teil der Studienanstalt, der Leiter des Internates nicht mehr Leiter der Anstalt. Sehr hochbegabte Schüler könnten auch mit Nebenunterricht das Abitur im Einzelnen ablegen. Auch in der Herbstberatung 1925 sei der Abg. Dr. Schofer für Primareife eingetreten, und der Abg. Dr. Glöckner habe dem Antrag beigefügt „wenn bis zum Ende der Studien die Reifeprüfung abgelegt wird“. Auch damals sei ein Antrag für Aufbauschulen von Lehrern unterstützt worden. Die jetzige Vorlage weiche ab vom vorbehaltlosen Abitur

1. weil der neue Landtag keine Mehrheit dafür biete,
2. weil in andern Ländern nach den dortigen Erfahrungen sicher bald eine Rückrevidierung der Neuregelung in unserem Sinne eintreten werde.

Die Entwicklungsmöglichkeiten zum Weiterbau auf diesem Geseß seien jedoch gegeben. Er wolle zwar bei der Art der Kritik den Beteiligten nicht zumuten, daß sie die als Kampfruf verwendete Forderung zurückstellen, aber es gehe zu weit, wenn man nun davon spreche, daß Baden nicht mehr das Musterländle von ehemals sei. Vielleicht werde sich bald zeigen, daß wir gerade durch diese Vorlage doch auch für andere Länder bald wieder zum „Musterländchen“ würden.

Von Zentrumsseite wird die Behauptung, die Vorlage gehe hinter die Mecklenburgische Lösung zurück, als objektive Unwahrheit bezeichnet. Das Zentrum habe weder Wünsche, noch Befehle als Druckmittel verwendet, der Minister sage selbst, daß die Vorlage seine eigenste Arbeit sei. Die Frage sei: Was kann das Volk verkraften? Was fordert das Wohl der Schule? Notwendig sei genügender Zugang, und die Abiturientenzahl sei nicht geeignet, den Lehrerberuf zu decken. Zudem sollten nur talentvolle Leute übernommen werden. Wenn die Durchschnittsnoten der Abiturienten $\frac{3}{4}$ sei und wenn die Schule in der Hauptsache aus den darunter Stehenden die Lehrkräfte empfinde, dann sei es schade für den Lehrerstand. Als Vergünstigung sei vorgesehen, übertritt aus den 7klassigen Höheren Anstalten in den Vorkurs. Dann könnte unmittelbar vom Elternhaus aus für Viele die Vorbildung beendet werden. Der Lehrer brauche Lebensnähe, und das bedinge Rücksicht auf die soziale Schichtung. Diese Haltung ergäbe sich nicht aus Abneigung gegen den Lehrerstand, sondern aus Sorge um ihn und um die Schule.

Der Lehrplan sehe Unterricht wie auf Hochschulen vor, dazu treten müsse die Kontrolle des Ergebnisses des dozierenden Unterrichts durch Colloquien, wie sie bei den Anstalten der Kirche üblich sei. Ob Universitätslehrer herbeizuziehen seien? Umgekehrt: für Philosophie seien qualifizierte Kräfte mit Haupttätigkeit an der Lehrerbildungsanstalt und Habilitation an der Hochschule wünschenswert. Dann nur hätten die Betroffenen für den Ort ihrer Haupttätigkeit auch das nötige Interesse.

Er halte nach wie vor nicht das Abitur, sondern die Primareise für das Gegebene, darüber darf kein Zweifel bestehen. „Unseren alten Antrag in dieser Richtung würden wir wieder aufnehmen, wenn die Debatte uns dazu zwingt.“ Die konfessionellen Anstalten seien das Richtige. Jetzt bliebe nur noch eine katholische Anstalt übrig. Die simultanen seien früher „hereinpraktiziert“ worden. Die Formel: Weil die Schule simultan ist, müsse auch die Lehrerbildung simultan sein, könne er nicht anerkennen. Schon im Herbst sei die finanzielle Wirkung als untragbar dargetan worden. Gegen eine Aufzufung nur der Neuausgebildeten müsse er sich wenden. Im übrigen beständen ihm Urteile von Lehrern an siebenklassigen Höheren Schulen die Nachfrage nach der vorgesehenen Regelung der Lehrerbildung.

Der Sprecher der Bürgerlichen Vereinigung verweist auf den Vorrat von Nichtverwendeten. Es eile also nicht. Es räche sich jetzt, daß man das Seminar geschlossen habe, statt es durch Umbau mit Unterbau der Aufbauschule fortzuführen. Er sei immer Gegner des Bruches mit der Seminartradition gewesen. In der Verantwortung der Hochschulbildung begegne man einer widerspruchsvollen Dialektik. Selbst die hessische Denkschrift zeige Proben von Verftiegenheit (siehe S. 15). Es fehle die rechte Nüchternheit gegenüber so realen Dingen. Der § 45 der Vorlage bringe eine Unsicherheit wegen der Primareise. Für den Zugang seien die Aufbauschulen in unmittelbarem Anschluß an die Lehrerbildungsanstalten wesentlich. Die Simultanität der Lehrerbildungsanstalten sei grundsätzlich zu wünschen. Er habe nicht gemerkt, daß in den Simultanseminaren irgendwie besondere Konflikte sich ergeben hätten. Freilich seien jetzt $\frac{2}{3}$ der Anstalten konfessionell und $\frac{1}{3}$ simultan vorgesehen, während früher die Teilung hälftig gewesen sei. Das Verhältnis habe sich also zu Ungunsten der simultanen Einrichtungen verschoben. Diese Frage sei wohl im Benehmen mit den Kirchenbehörden behandelt worden. Dabei sei Wert darauf zu legen, ob die Kirchenbehörden Versicherungen darüber gegeben hätten, daß die aus simultanen L.-B.-A. Kommenden nicht etwa in Zukunft beeinträchtigt, oder nicht als vollwertig anerkannt würden. Im übrigen sei daran festzustellen, daß die Lehrerbildung in der Hand des Staates sein müsse, der immer das rechte Verhältnis zur Mitarbeit der Kirchen finden werde.

Der kommunistische Sprecher stellt fest, daß der Minister die Vorlage verteidige als einen Fortschritt, gleichzeitig aber sie auch als Vorbild den schon weitergegangenen Ländern, die bald

rückwärtsrevidieren müßten, hinstellen möchte. Angeblich sei nicht mehr zu erreichen gewesen. Warum? Wenn man von der Notwendigkeit des Abiturs überzeugt wäre, dürfte man es nicht an einem angeblich geringen Zugang scheitern lassen. Auch sonstige Folgerungen darf man nicht scheuen, wenn man von der Notwendigkeit einer Sache überzeugt ist. Gerade die bisherige Stellung in sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht sei mit ein Grund für die wissenschaftliche Ausbildung. Er wolle bestmögliche Ausbildung und weitgehendste Heranziehung der Kinder des Volkes zu diesem Berufe. Das sei kein Widerspruch, sondern ergäbe sich folgerichtig aus dem Zusammenhang zwischen den gesteigerten Anforderungen an die Volksbildung und einer erhöhten Lehrerbildung, die in Einklang zu bringen sei. Wissenschaftliche Lehre könne man nicht ausgesprochen für den Volksschullehrer in abseitsliegenden Kursen, sondern nur an den Hochschulen sicherstellen. Die reaktionäre Haltung des Ministers in der Behandlung dieser ganzen Frage sei bezeichnend.

Ein Vertreter der Volkspartei führte u. a. aus, das Ziel der Reform soll eine Verbesserung der allgemeinen Bildung auf einheitlicher Grundlage sein; dies erfordere drei grundsätzliche Voraussetzungen: 1. einheitliche Allgemeinbildung in Form des Abiturs für alle Volksschullehrerkandidaten, 2. Simultanität der Ausbildung auf allen Lehrerbildungsanstalten und 3. Ausbildungsmonopol des Staates. Zur Begründung der ersten Forderung wies der Redner darauf hin, daß ein einjähriger Vorkurs als Ersatz für die beiden Primen dem Schüler niemals einen gleichwertigen Bildungsausgleich bringen könne. Hinsichtlich der Simultanität der Lehrerbildungsanstalten verwies der Redner auf einen im badischen Landtag im Jahre 1910 angenommenen Antrag Dr. Frank, durch den erklärt wurde, daß „die badischen Lehrerseminare simultane Anstalten sind“; der Antrag hatte folgende Begründung: eine Regierung, die ernstlich der Meinung ist, daß die gemeinsame Erziehung der verschiedenen Konfessionen im allgemeinen Staatsinteresse liege, könne stichhaltige Gegenargumente nicht mehr vorbringen, wenn man sie frage, warum sie die Lehrer selber nicht nach dem gleichen Prinzip erziehe, die sie bei den Schülern für richtig halte. Weiter bemerkte der Redner, die Regierung habe es für notwendig bezeichnet, Erfahrungen zu sammeln; auf Grund der bisherigen Einstellung der Regierung hätte man erwarten müssen, daß sie mit der Vorlage eines Gesetzentwurfes noch zuwarten werde, dem von der Regierung vertretenen Standpunkt, daß bei der Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf Rücksicht auf das politisch Mögliche geübt werden müsse, könne nicht zugestimmt werden, da es sich bezüglich der Simultanität der Schulen um grundsätzliche Fragen der Weltanschauung handle.

Der Minister verweist auf die in der Vorlage festgelegte Unentgeltlichkeit des Unterrichts. Demgegenüber sei auffallend die Tatsache, daß in der Eingabe des Lehrerinnenvereins gerade gegen diese Unentgeltlichkeit Verwahrung eingelegt werde. Ob das noch ein Stück des alten Geistes der Abgliederung und Absonderung sei. Wir seien nicht mehr in der Zeit vor dem Krieg, wo, wie ihm bekannt, die Lehrer in Uniform bei öffentlichen Veranstaltungen der Schule erschienen.

Der Sprecher der Demokratischen Partei führt aus: Im gegenwärtigen Zeitpunkt eile das Geseß nicht, zur Durchführung auf 1. April 1926 sei es wohl zu spät, komme aber ein späterer Termin in Frage, dann könne allerdings Verschiebung dieser Veratung sehr wohl in Betracht gezogen werden. Der Minister habe seine Selbständigkeit hinsichtlich der Schaffung des Entwurfs unterstrichen, und der Sprecher des Zentrums habe ihm das bestätigt. Dem stehe als widerspruchsvoll gegenüber der vorletzte Satz in einem Artikel der Volkstimme vom 27. Febr., in dem ausdrücklich betont werde:

„Wenn der jehige Minister sich zur Vorlage eines Entwurfs an das Landesparlament entschloß, der natürlich kein Produkt seines politischen Denkens und Willens ist, sondern den Wünschen und Ansichten der im Unterrichtsministerium, wie im Parlament ausschlaggebenden politischen Gegner entspricht — er hatte bisher nur einen Referenten mit zuverlässig republikanischer und mit sozialistischer Überzeugung! — so zunächst deshalb, damit die Sache überhaupt einmal in Fluß kommt, nachdem ihre Erledigung seither den allergrößten Schwierigkeiten begegnet war“.

Der Widerspruch zwischen den vorhin genannten Stellungnahmen und dieser Äußerung eines führenden Parteiorgans des Ministers sei nicht geklärt. Wenn der Minister sich dagegen gewandt habe, daß in der Presse — übrigens auch in seiner eigenen — festgestellt werde, die Vorlage bleibe sogar hinter Mecklenburg zurück, so sei jedenfalls folgendes Tatfache:

Die Lösung einer derartigen Frage hänge nicht in erster Linie davon ab, ob da oder dort im Einzelnen ein kleiner Fortschritt zu sehen sei, sondern vielmehr von der inneren Einheitlichkeit und Geschlossenheit der ganzen Planlegung. Bei dieser Erwägung müsse allerdings gesagt werden, daß selbst die alte Lehrerbildung, so nieder die Endziele gehalten waren und so wenig sie wissenschaftlichen Anforderungen entsprach, doch immerhin eine in sich durchgeführte Einheit besaß und deshalb sicher über die heutige Vorlage nach dieser Seite hinausfrage. Ebenso ist auch die Mecklenburgische Lösung zu betrachten. Daß aber Baden, wie der Minister meint, in Bälde wieder auch mit dieser Vorlage das „Musterlände“ sein werde, indem die anderen folgen müssen, sei zu bezweifeln, und es wäre zudem ein sehr schlechter Trost und verhängnisvoll, wenn tatsächlich Baden mit dieser Lösung den anderen zum Vorbild dienen würde. Selbst wenn Sachen und Thüringen, wie der Minister meint, aus finanziellen Gründen und mangels genügenden Zuganges bald gezwungen sein werde, seine jetzige Lösung aufzugeben, so werde sicher auch dann nicht die badische Lösung nachgeahmt. Was man sich dann denken könnte, sei höchstens eine Kürzung des sechssemestrigen Studiums und damit wenigstens kein Abrücken von der grundsätzlichen Linie. Der Minister dürfte sich auch darin täuschen, wenn er in seinem Entwurf Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft sehe. Von diesem Entwurf gäbe es ebenso so schwer eine Entwicklung, wie in der Richtung der alten Seminare ein Weiterkommen möglich war. Jedes Hinausschreiten über diese Vorlage erfordern später genau so einen Bruch mit dem Vorhandenen — unter denselben Kämpfen wie jetzt auch. Das sollte und müßte verhütet werden.

Bezüglich der in der Begründung angeführten Konfessionalisierung der Lehrerbildungsanstalten sei festzustellen, daß in Baden niemals gesetzlich verankerte konfessionelle Lehrerseminare vorhanden waren. Gewiß seien sie teilweise konfessionell besetzt gewesen, aber selbst 1809 bei der Schaffung des Rastatter Seminars sei vorbehalten gewesen, unter gewissen Voraussetzungen auch evangelische Schüler aufzunehmen. 1876 sei bei der Behandlung dieser Frage im Landtag diese Tatfache erneut festgestellt worden und alle anderen Behauptungen können sich niemals auf formales Recht, sondern nur auf teilweise Praxis stützen. Auch die weitere Entwicklung sei in dieser Richtung gegangen, und die Annahme des Antrags Dr. Frank und Genossen auf dem Landtag 1909/10, der grundsätzlich die Seminare zu simultanen Anstalten erklärt, habe endgültige Klarheit geschaffen. Schon damals habe niemand zwangsweise Mischung der Schüler verlangt, vielmehr sollte Schülern am Ort und aus der Umgebung, die einer anderen Konfession angehörten nicht der Zugang in die ihnen nächstgelegene Anstalt verwehrt werden. Dagegen waren die Lehrerkollegien von da an gemischt, und auch in sog. konfessionellen Seminaren waren immer ein oder mehrere Mitglieder im Kollegium, die der andern Konfession angehörten. Der Redner gibt die von ihm festgestellten Zahlennachweise bekannt. Daß die simultanen Seminare im Kollegium stärker gemischt waren, ergäbe sich aus dem von selbst, immerhin sei auffallend, wie gerade im „simultanen“ Seminar Freiburg die Zahl der evangelischen Lehrkräfte vom Jahre 1911 an langsam aber stetig sich verringerte, so daß zur Zeit nur noch eine evangelische Lehrkraft an diesem „simultanen“ Seminar vorhanden sei. Von einer Vergewaltigung der katholischen Konfession könne also nicht gesprochen werden.

Die Zugangssicherung sei gerade beim Abitur nicht so bedenklich. Seit 1904 bis heute habe sich die Zahl der Abiturienten beinahe verdoppelt, sie sei in den letzten Jahren mit großer Stetigkeit zwischen 900 und 1000 stehen geblieben. Die Aufnahmefähigkeit des Staates und der Wirtschaft für Abiturienten bzw. Akademiker sei aber z. Zt. und auf absehbare Zeit ganz erheblich geschwächt, daher auch die amtliche Warnung vor den meisten akademischen Berufsstudien gerade durch das Unterrichtsministerium. Bei dieser Tatfache müsse ohne weiteres die nötige Zahl von Abiturienten für ein verkürztes Lehrstudium frei werden.

Die Zahl der studierenden Badener sei in den letzten Jahren um rund 20 % zurückgegangen und trotzdem lägen Hunderte akademischer Berufsanwärter in allen Gebieten brach und fänden weder Arbeit, noch Brot. Ihnen allen wäre bei einem Studienweg nach dem Hellschmiedischen Entwurf geholfen gewesen. Allerdings müsse erwartet werden, daß die verantwortlichen Stellen, das U.-M. und die Höheren Lehranstalten, bei der Berufsberatung die nötige Aufklärungsarbeit durch Hinweis und Empfehlung leisten. Ein Versuch auf Mißerfolg eingestellt, würde selbstverständlich versagen.

Der § 45 regle nun den Zugang zum Lehrerberuf in einem ersten und zweiten Weg. Der zweite Weg sei für die Demokratische Partei nicht gangbar, da er wieder in die Isolierung führe, die zu beseitigen man laut versprochen habe. Diese Notlösung werde leider nicht die Ausnahme, sondern die Regel werden, nachdem man sogar für die minderwertigere Ausbildung ein ganzes Jahr Ausbildungszeit und Kosten schenke. Einen stärkeren Anreiz könne man ja überhaupt nicht geben.

Die im § 44 vorgesehene Berufsausbildung sei kaum anderes als ein umgestaltetes Seminar. Auch die Lehrpläne wiesen das aus. Der Vorkurslehrplan weiche von sämtlichen bestehenden Lehrplänen Höherer Schulen ab und ermögliche, entgegen der Begründung — auch bei Hilfseinrichtungen — selbst begabten Schülern nicht das sog. wilde Abitur. Die beiden Primen, die wertvollsten Bestandteile der Höheren Schulen, seien eben verloren. Wie wertvoll diese Oberklassen geachtet werden, beweise das Verbot, das Abitur aus einer Höh. Schule heraus ohne Durchlauf beider Primen abzulegen. Und doch müßte gerade dort bei hervorragender Begabung und Leistungsfähigkeit noch am ersten dergleichen möglich sein.

Die Lehrpläne der Lehrerbildungsanstalt seien eine Zusammenhäufung von Stoffgebieten unter Aufgabe eines einheitlichen, in sich geschlossenen philosophisch-pädagogischen Studienplanes. Es sei eben wieder die Tradition der alten Einrichtungen aufgenommen. Diese Lehrpläne ließen allerdings kaum voraussetzen, daß sich hervorragende Kräfte der Hochschulen mit ihnen und mit den verschieden hoch ausgebildeten Studierenden abgeben. Wollte man wenigstens den Vorkurs statt einjährig zweijährig machen und am Ende nicht eine Schlussprüfung, sondern eine vollwertige Reifeprüfung verlangen, die freilich wieder dadurch erschwert werde, daß der Lehrplan des Vorkurses von der Regel abweichen und der Vorkurs Schüler aller Typen sammle. Ein Abitur eines neuen Schultyps werde aber nicht anerkannt. Die einzige Lösung sei eben die, nur Abiturienten zum Studium zuzulassen, für die Auslese aus der Landjugend aber noch einige Aufbauschulen zu schaffen, die sich dann gewiß zu wertvollen, wenn auch nicht allein diesem Zweck dienenden Hilfseinrichtungen gestalten werden.

Daß im Absatz 2 zur ersten Berufsprüfung (Staatsexamen) auch auf anderem Wege Ausgebildete zugelassen werden sollen, könnten sie nicht anerkennen. Weder private, noch korporative Einrichtungen sollen dem Staat seine Kräfte heranzubilden. Wie für die akademischen Lehrberufe nur die bestehenden staatlichen Anstalten in Frage kämen, so müsse auch für diesen Fall die Regelung erfolgen. Werde das Hochschulstudium abgelehnt, dann könnte auch für die Gegner der Hochschulbildung als Ausnahme doch höchstens in Frage kommen, statt der theoretisch-wissenschaftlichen Ausbildung an den Lehrerbildungsanstalten das freiwillige Hochschulstudium zuzulassen, das eine Verbesserung bedeute und unter Ausnützung bestehender Einrichtungen erfolgen könnte. In allen Fällen müsse nach wie vor der Staat hier wie im Bildungswesen überhaupt seine Selbständigkeit wahren.

Minister Kemmle führt aus: Ob die Durchführung der Neuregelung auf 1. April oder Mai oder später erfolge, sei für ihn nicht das Wesentliche, er werde die Durchführung mit Bedacht vollziehen. Er lehne aber noch mal ab, als ob er in jemandens Auftrag gehandelt habe. Er habe die Zurückweisung in dieser Sache am Tage zuvor mit Überlegung gegeben, gerade weil auch ihm die Artikel in der Volksstimme höchst unsympathisch seien. Im übrigen sei gegenüber den kritischen Stimmen zu sagen, daß die Lehrerschaft es leicht habe, ihre geistigen Produkte überall in

den Blättern unterzubringen, sie sitze auch überall in den Parteien. Es sei aber anzunehmen, daß bei dem Steuerdruck und der allgemeinen Notlage die Vorlage den tatsächlichen Verhältnissen und Wünschen entspreche.

Wieweit diese Not sich auswirke, beweise Hessen, das jetzt schon seine Landeshoheit aufzugeben beabsichtige, und in Rundschreiben sei schon angefragt worden, wie es sich mit dem Aufwand auf den verschiedensten Gebieten bei uns verhalte, da Hessen an erhebliche Ersparnismaßnahmen herangehen müsse. 1914 seien auf einen Lehrer 50,6, aber 1915 33,1 Schüler entfallen. Das scheine schultechnisch begrüßenswert, finanziell aber nicht tragbar. Die badische Vorlage wolle solchen Gefahren gegenüber den Fortschritt auf der Grundlage des Tragbaren.

Von anderer Regierungsseite werden die Lehrpläne verteidigt. Die Wissenschaftlichkeit des Unterrichts solle durch Dozenten der Hochschule in den philosophisch-pädagogischen Gebieten gesichert werden. Pädagogik werde anders behandelt wie bisher, sie sei aus den Ideen eines Zeitabschnittes zu betrachten und nicht mehr in historischem Ablauf. Ziel sei, die Stärkung der Urteilsfähigkeit. Die aufgeführten Stoffgebiete seien nur Musterbeispiele, aber notwendig, weil mit ihnen zugleich der Übergang zum Methodischen zu verbinden sei. Daß an diesen Entwürfen manches zu bessern sei, werde zugegeben.

Der Übertritt von Schülern aus kleinen Landanstalten an Vorkursstellen bereite allerdings manchmal Schwierigkeiten, das hänge aber ebenso wie die Erfüllung des Lehrplanes überhaupt von der Höhenlage der Klasse ab. Wenn von einem Gemisch in der Zusammensetzung der zukünftigen Vorkursbesucher und der Abiturienten bei der Berufsbildung gesprochen werde, dann dürfe nicht übersehen werden, daß im Vorkurs niemals zu irgend einem Abitur gekommen werden soll. Das Ziel des Vorkurses sei Überführung in die Lehrerbildungsanstalt.

Ein soz. - dem. Redner macht Ausführungen, daß es abwegig sei, als ob das Lehrerbildungsgesetz das einzige Mittel zur Verbesserung der Volksschule sei. Die Lehrerinneneingabe, die gegen die Unentgeltlichkeit des Unterrichts sei, gebe zu denken. Es sei unmöglich, die Lehrerbildungsfrage nur vom Standpunkt des Idealismus aus zu betrachten. Im badischen Volksschulwesen sei noch eine Reihe von Reformen einzulösen: Ganztagschule, Verlängerung der Schuldauer um 1—2 Jahre, letzteres auch im Hinblick auf die wohl noch lange Zeit dauernde Arbeitslosigkeit. Sicher würden von der heutigen Zeit andere Anforderungen an die Lehrer gestellt wie früher, aber neben den ideellen Motiven seien bei den Bildungsforderungen auch sehr materielle Wünsche der Lehrer mitbestimmend.

Bezüglich der konfessionellen Frage wisse die Sozialdemokratie, was das Zentrum wolle, und umgekehrt, und es sei nur eine Frage der Zeit und des Kräfteverhältnisses, bis der Kampf ausgefochten werde, der „Hosenlupf“ erfolge. Vorläufig sei der jetzige Zustand das Gegebene. Weder die Begründung der Vorlage, noch die Gründe ihrer Gegner könnten ihn überzeugen betr. der Zugangsfrage. Sicher sei, daß für die Städte und die weitere Umgebung das Abitur auch rein finanziell das praktischere sei. Ausschlaggebend aber für den Zugang sei die Kernfrage: was verdient der Einzelne nach Abschluß seiner Studien, und was kostet die Geschichte den Staat? Das habe die Vorlage bedingt. Die errechneten 21 Millionen seien ja mit Recht angezweifelt worden. Er erinnere aber an die 72 Beamteineingaben vom Jahre 1908. So werde es auch diesmal sein: alle werden kommen, die nach der neuen, die nach der alten Ausbildung Vorgebildeten und die anderen Beamten: eine allgemeine Revolutionierung der Beamtenwünsche werde eintreten. Der Auffassung des Kommunisten, durch weitgehende Stipendienhilfe den Zugang zu sichern, könne er sich nicht anschließen. Diese Ausnahmebehandlung sei abzulehnen. Sobald die Frage nach der Kostendeckung aufgeworfen werde im Zusammenhang mit der Forderung des Abiturs werde wohl manche Partei abfallen.

Von Zentrumseite wird gewünscht, die Lehrer der Zukunft möchten sein, wie die selbsterlebten Alten: Ia. Die Behauptung, als ob er der geistige Urheber sei, wird abgelehnt. (Ein Hinweis, die Lehrerschaft sei früher nicht für die Aufbauschule gewesen, wird sofort zurückgewiesen.) Der Vorkurs habe

den großen Vorteil, daß nur talentvolle Leute (!) auf diesem Wege zum Lehrerberuf kämen. Für etwaige Übergänge seien Talent und Wille und sonst nichts ausschlaggebend. Das Ziel des Vorkurses sei im übrigen nicht das Abitur, sondern der Eintritt in die Lehrerbildungsanstalt. Die gegen die vorgeschlagene Lösung vorgebrachten Gründe seien nicht stichhaltig. Wenn sich 400 Abiturienten melden, dann habe es die Regierung in der Hand, die Auswahl aus diesen zu treffen. Der beste Weg sei immer noch der: solange wie möglich beim Vater zu Hause, dann im Vorkurs und auf die Lehrerbildungsanstalt. Das sei auch sozial geboten. Es liege auch im Interesse der kleineren Gemeinden mit sechs- und siebenklassigen Schulen. Im übrigen solle man nicht „Lebensfremde“ in die Schule stellen. Es sei zu bedauern, daß dieser Weg nicht der allein ausschlaggebende sei, und sie seien nach wie vor bereit, ihn allein anzuerkennen.

Der Redner der Volkspartei setzt sich stark gegen die Konfessionalisierung ein, das erinnere an die Kulturkampfzeit. Bis 1876 seien die Seminare konfessionell gewesen, von da an hätten die Simultanisierungsbestrebungen eingeseht. Der Großblock habe dafür seinen Denkzettel in den Nachwahlen im Bezirk Raftast (Zündhölzlewahl) erhalten. Bei den Verhandlungen von 1910 habe von Dusch erklärt, es gehe gegen den Religionsunterricht. Seine Glaubensgenossen seien für die Konfessionsschule. Das staatliche Schulmonopol verstoße gegen die persönliche und Gewissensfreiheit. Zudem sei die „Zwangsbildung“ ein teurer Artikel. Wer zahlt? Man denke an die Konsequenzen und an das Referat des Finanzministers über seine Beratungen in Berlin. Die Vorlage habe manches, was dem Zentrum nicht passe, so vor allem die halbe Koedukation, aber trotz Bedenken sei man bereit, es einmal nach dieser Vorlage zu „probieren“.

Minister R e m m e l e führt aus: Betreffs der Kostenfrage sei er persönlich der Auffassung, daß mit dem ersten Satz akademisch gebildeter Lehrer die Besoldungsfrage heranreife. Die Angleichung an die Akademiker habe als Auswirkung die Höherstufung der Höheren Beamten und der mittleren, die jetzt schon teilweise ebenfalls das Abitur verlangen. Darum könne man diesen Schritt nicht machen. Auch die vorgesehene Regelung mache eine finanzielle Neuordnung spruchreif, nur nicht in dem Ausmaß. Er habe absichtlich bisher nichts darüber geäußert, weil sonst der Wechsel von den Beteiligten recht bald präsentiert werde. Die Bevölkerung ertrage die fortgesetzten Gehaltsregelungen nicht mehr. Die Unentgeltlichkeit der Ausbildung sei früher schon im Schulgesetz gefordert gewesen, weil es sich doch weithin um sozial untere Schichten handle. Der Studienaufwand sei immer im Gehalt auszugleichen. Bezüglich der Leistungsfähigkeit jeder Neuordnung bleibe immer eine Frage offen. Das sehe man jetzt an den Gewerbeschulen, bei denen durch Hereinbeziehung der Dipl.-Ingenieure gegenüber den erfahrenen Seminarikern eine Leistungsdissonanz bestehe, die sich allerdings mit der Zeit ausgleichen werde.

Von Regierungsseite werden die Kosten einer Ausbildung, zu der das Abitur von allen verlangt werde, unter Berücksichtigung der Wirkung auf die Höheren Schulen folgendermaßen dargetan:

Für notwendige Klassenteilungen an Höheren Lehranstalten wegen Vermehrung des Zugangs	
25 Klassen à 10 000 M =	250 000 M
Studienbeihilfen für aus Prima und Oberprima dem Lehrerberuf sich Zuwendende: 125 Stipendien =	30—50 000 „
Höherstufung der Lehrer nach Gr. VIII, IX und X	7 100 000 „
Ausbau der sechs- und siebenklassigen Anstalten in den kleineren Orten, der auf Grund der Lehrerbildung gefordert werden wird (!)	
35 × 24 000 =	840 000 „

Bezüglich der Herkunft der an Hochschulen Studierenden seien $\frac{1}{4}$ aus Handels- und Gewerbetreibenden, $\frac{1}{4}$ aus der mittleren Beamtschaft u. ä. Schichten, $\frac{1}{8}$ aus der höheren Beamtschaft, $\frac{1}{50}$ aus der unteren Beamtschaft, $\frac{1}{20}$ von Kleinbauern, $\frac{1}{50}$ von Großbauern und $\frac{1}{50}$ von Gelegenheitsarbeitern. Diese Zahlen gelten nur für Preußen, da für Baden keine derartige Statistik bestehe.

Führung. Bemerkt sei ferner noch, daß die Werkführerschule Mannheim die erste und bis jetzt einzige „Höhere Gewerbeschule“ in Baden ist.

Die Parität im höhern Schulwesen Preußens. Der Kampf um die Parität bei der Anstellung der preußischen Studienräte, der schon lange vor dem Kriege heftig entbrannt war, wird seit einiger Zeit mit erneuter Heftigkeit geführt. Um im Streit der Meinungen objektiv Stellung zu nehmen, ist vom preußischen Philologenverein ein paritätischer Ausschuss mit der Aufgabe beauftragt worden, das gesamte vorliegende Material eingehend zu bearbeiten. Im Heft 1 des Deutschen Philologenblattes wird über das Ergebnis der Untersuchung eingehend berichtet. Es wird zugegeben, daß „volle Parität in dem Sinne, daß an einer Anstalt die konfessionelle Zusammensetzung des Lehrkörpers immer genau der der Schülerzahl entspricht“, nicht vorhanden ist, auch praktisch nicht möglich erscheint. In Provinzen, in denen eine Konfession überwiege, werde die andere nicht immer zu ihrem Recht kommen. „Auf ganz Preußen bezogen, heben sich aber die hier und da festzustellenden Unterschiede doch so weit auf, daß zu berechtigten Klagen über Imparität bei den Festangestellten kein Grund vorliegt.“ Das Angebot an katholischen Assessoren, besonders von Historikern, Germanisten und Altsprachlern, sei so stark, daß bei dem geringen Bedarf in diesen Fachgruppen keine Aussicht bestehe, alle diese Assessoren in absehbarer Zeit einzustellen. In katholischen Kreisen sei eine gewisse Vorliebe für das Gymnasium vorhanden, dessen Absolventen, soweit sie nicht den Priesterberuf ergreifen, sich vorzugsweise dem Studium der alten Sprachen widmen. Es habe daher in diesen Fachgruppen bereits ein Überangebot gegeben, als in den anderen Fachgruppen noch ein Mangel herrschte. Infolge des Rückgangs der Zahl der Gymnasien und der verringerten Stundenzahl der alten Sprachen seien die Anstellungsaussichten weiterhin geringer geworden.

Der paritätische Ausschuss macht deshalb verschiedene Vorschläge, um einen Ausgleich zu erzielen. Es wird u. a. empfohlen, die vorwiegend katholischen Rektoratschulen des Westens in das Gesamtsystem der höheren Schulen einzugliedern. Dann aber sollen die Studierenden, besonders die katholischer Konfession in den überfüllten Fächern, über die geringen Aussichten für die spätere Anstellung weitgehend aufgeklärt werden. (Köln. Ztg.)

Die Tschechen und Mussolini. Der Versuch Mussolinis, seine Unterdrückungspolitik durch den Hinweis auf die Methoden der Tschechen zu rechtfertigen, veranlaßt das Blatt des tschech. Außenministers zu dem schönen Bekenntnis, daß „Mussolinis Behauptungen über die tschechoslowakischen Minderheitsverhältnisse dem Bestreben entsprungen seien, irgendeine Berechtigung für die italienische Aktion in Südtirol zu finden, wie denn jeder Schwächling seine Schuld durch Hinweis auf die Schuld anderer zu beschönigen sucht.“ — Sehr richtig! Also geben die Tschechen zu, daß bei ihnen „Schuld“ vorliegt. Was allerdings auch schwer zu leugnen ist!

Die klösterlichen Lehrkräfte sind billiger! Im Haushaltausschuss des Bayerischen Landtags erklärte ein Regierungsvertreter anlässlich eines kommunalistischen Antrags, daß die klösterlichen Lehrkräfte billiger seien als die weltlichen, weil sie nur den Anfangsgehalt der jeweiligen Gruppe erhalten, weil Gehaltsaufrückungen nicht erfolgen und weil sie nur den halben Ortszuschlag bekommen. Die Zahl der klösterlichen Lehrkräfte an öffentlichen Volksschulen beträgt zurzeit 1448, an Schulen von Stiftungen und gemeinnützigen Unternehmungen 105. — Und in Baden ebnet ihnen der sozialdemokratische Unterrichtsminister höchstehändig die Wege in die badische Schule. Denn zur Lehrerprüfung wird nach seinem Entwurf künftig auch zugelassen, wer nicht die staatliche Lehrerbildungsanstalt besucht hat. Ja, wir „erleiden“ einen Fortschritt nach dem andern — es fehlt nur noch die oben mitgeteilte bayerische „Begründung“.

„Eigenhändig.“ Bei der Beratung des Haushaltausschusses des bad. Landtags über die Lehrerbildungsvorlage erklärte am 10. März der Unterrichtsminister Kemmele (Soz.), der heftig umkämpfte Satz der Begründung: „Die Lehrerbildungsanstalten haben konfessionellen Charakter“ stamme nicht von einem seiner Räte, sondern sei von ihm, dem Minister, selbst handschriftlich in die Begründung hineingeschrieben worden. — Damit ist wohl der von der soz. Presse („Hbg. Volksztg.“, „Volksstimme“) gemachte Versuch, Kemmele als Opfer der Übermacht der Ministerialräte hinzustellen, erledigt. Vielleicht nimmt der Minister auch noch seine Beamten gegen den in jenen Artikeln ausgesprochenen Vorwurf in Schutz, im bad. Unterrichtsministerium sei „nur ein einziger Referent mit wirklich . . . reichsverfassungsmäßiger Einstellung.“

Das Besoldungsgesetz wird in der Presse bereits totgesagt. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold habe den Entwurf zur Verlängerung bis 1. April 1927 zurückgezogen. Soweit ist es jedoch noch nicht. Der Minister erklärt aber, er wolle nach Rücksprache

über den Standpunkt der Länderregierungen die bisherige Auffassung der Reichsregierung (für Verlängerung) nachprüfen. — Es verläuft, Preußen, Bayern und Baden seien gegen die Verlängerung, so daß das Sperrgesetz also wohl doch am 1. April d. Js. fällt.

Volksentscheid für ein Reichsschulgesetz? Am 5. März tagte in Berlin der evangelische Kirchenausschuss, dessen Schulausschuss erneut den Ruf nach baldiger Verabschiedung des Reichsschulgesetzes erhob. Als die Ultima ratio wurde der Weg des Volksentscheids bezeichnet. — Doch wurde betont, daß dies erst in Frage komme, wenn alle andern Mittel erschöpft seien.

Ausbau des Päd. Instituts in Dresden. Die Übungsschule des Päd. Instituts in Dresden erhält zu Ostern das 8. Schuljahr. Der Unterricht wird durch Berufung von drei neuen Lehrkräften an das Institut erweitert. Für die Ausbildung der Berufsschullehrer wurde eine besondere Kraft hauptsächlich angestellt. Das mit dem Institut vereinigte Seminar für Fachlehrerinnen wird zu Ostern ebenfalls um zwei Klassen erweitert.

Die simultane Lehreraekademie in Frankfurt a. M. soll nun doch kommen. Die Stadt Frankfurt ist zu weitgehendem Entgegenkommen bereit. Außerdem haben so ziemlich alle Parteien der Regierung Vorwürfe über die schweren Bedingungen gemacht, die diese den Städte stellte. Es wurde allgemein betont, daß die Lehrerbildung Staatschule sei.

Bedrückung des Deutschtums in der Tschecho-Slowakei. Da die tschechische Regierung in dem von Deutschland bekanntlich ohne Abstimmung abgetrennten Hultschiner Ländchen keinerlei deutsche Schulen duldet (die letzten Parlamentswahlen haben ergeben, daß das Hultschiner Ländchen, wo 14 000 deutsche Stimmen aufgebracht wurden, noch immer deutsch ist), schickten die wohlhabenden Bürger ihre Kinder in die deutschen Schulen der Landeshauptstadt Troppau. Nunmehr hat der bevollmächtigte Kommissar des Hultschiner Ländchens allen diesen Eltern einen Erlaß zugehen lassen, in dem ihnen verboten wird, die Kinder in die Troppauer Schulen zu schicken. — Und da wundern sich die Tschechen, daß sie von Mussolini als Vorbilder für seine Südtirolpolitik in Anspruch genommen wurden.

Auswärtige Schüler. Verschiedene preuß. Städte hatten erklärt, sie würden in die von ihnen unterhaltenen höh. Schulen nur Schüler solcher Landgemeinden aufnehmen, die dafür einen Zuschuß zu den Schullasten leisteten. Die Regierung hat demgegenüber angeordnet, daß alle Schüler, ohne Rücksicht auf den Wohnort, nur nach der Eignung aufzunehmen sind. Über die Frage einer gesetzlichen Regelung der Beitragspflicht der Heimatgemeinden schweben Verhandlungen.

Klosterschulen. In einer bayrischen Zeitung stand folgendes Inserat: „In Simbach am Inn haben die Englischen Fräulein durch einen ganz modernen Neubau ein zeitgemäßes Knabeninstitut geschaffen. Die neue Bildungsstätte setzt sich zur Aufgabe, Knaben im schulpflichtigen Alter (einschließlich 8. Schuljahr) gute religiöse Erziehung zu vermitteln.“ — Dazu bemerkt die „Oberbayr. Schulzeitung“: „Uns Volksschullehrern erwächst also nicht bloß durch die Schulbrüder eine Konkurrenz, sondern auch Nonnen treffen Anstalten, uns das Brot wegzunehmen. Freilich ist das einigermaßen seltsam, denn es ist noch keine drei Monate her, da verkündeten die deutschen Bischöfe als wichtiges Gebot: Die Kinder dürfen nur von Lehrpersonen des gleichen Geschlechtes erzogen werden. Wie kommen nun auf einmal englische Fräulein dazu, sich in der Erziehung von Knaben zu betätigen. Gelten die bischöflichen Gebote für Klöster nicht? Wenn aber doch, wer soll denn überhaupt bischöfliche Richtlinien einhalten, nachdem sich selbst das ganz grüne Holz über sie hinwegsetzt, sobald ein materieller Vorteil beim — Überhören herauschaut.“

Südtirol. Mussolini erklärte einem französischen Ausrufer: „Ich habe kürzlich eine Reise durch das Ober-Ischgebiet gemacht, dort war alles deutsch, Beamte, Lehrer, Klerus. Man sprach und sang nur deutsch. Überall ist der italienische Sprachunterricht obligatorisch. Post- und Eisenbahnbeamte sind italienisch.“ — Folglich darf das Land keine deutsche Schule haben, sondern muß italienisch gemacht werden!

Höhere Handelsschulen wurden in Württemberg nach dem Vorgang Bayerns und Sachsens eingeführt. Sie nehmen Schüler nach dem siebten Schuljahr, ermöglichen späteren Übergang in höh. Schulen und führen zu einer „Ersafreife“, die zum wirtschaftswissenschaftlichen Hochschulstudium berechtigt.

Die schwarze Liste. Auf der Vertreterversammlung des Kath. Lehrerverbandes der Provinz Westfalen zu Hagen am 29. Dez. 1925 hat der Verbandsvorsitzende Rheinländer ausgeführt: „Ein Reichsschulgesetz ist notwendig. Art. 146,2 und 174 R.-V. verlangen es. Es sind starke Kräfte am Werke, die Bekenntnisschule auszuhehlen. Denken wir an die Errichtung der simultanen Akademie

in Frankfurt und daran, daß in Oberschlesien 26 Lehrer in der Bekenntnisschule nicht im Geiste des Bekenntnisses unterrichten, aber nicht verfehrt werden können, weil eine gesetzliche Handhabe fehlt. — Also besteht heute schon eine „schwarze Liste“ gegen Lehrer, und man wartet nur noch auf die Handhabe des Reichsschulgesetzes, um diese die Macht fühlen zu lernen. Was heißt „verfehen“? Wohin, wenn es daneben nur andere, vielleicht ebenso engherzige Bekenntnisschulen gibt? Es geht tatsächlich um die Rechtsstellung des Lehrers überhaupt!

Schulgeldderhöhung in Preußen. Das preußische Staatsministerium hat wegen der schlechten Finanzlage von Staat und Gemeinden vom 1. April ab das Schulgeld an den staatlichen höheren Schulen Preußens auf 200 Reichsmark jährlich erhöht. In städtischen höheren Schulen darf ein Schulgeld bis zu diesem Satz und für auswärtige Schüler weiter der bisherige Zuschlag von 25 Prozent erhoben werden. — Oder — freie Bahn dem Tüchtigen im Volksstaat!

Aussichten im badischen Staatsdienst — und die Lehrerbildungsvorlage. Ein Erlaß des Ministers des Kultus und Unterrichts an die Direktionen der höheren Lehranstalten behandelt die Aussichten der abgehenden Schüler im badischen Staatsdienst. In der inneren Staatsverwaltung ist beabsichtigt, in diesem Frühjahr eine beschränkte Anzahl Verwaltungsanwärter für gehobenen und mittleren Dienst aufzunehmen. Die Aussichten sind aber nicht besonders günstig. Bei den Justizbehörden dürfte eine geringe Anzahl Anwärter für den mittleren und gehobenen Dienst eingestellt werden. Die Aussichten für den oberen Dienst sind nicht günstig. Im Schuldienst werden die Aussichten als ungünstig bezeichnet. Bei der Reichspost würden voraussichtlich wieder eine beschränkte Anzahl von Diplomingenieuren (Elektrotechnik) als Postreferendare für den höheren telegraphentechnischen Dienst angenommen werden. Die Reichsbahn hat zurzeit jeglichen Neuzug gesperrt. Auch im Reichsfinanzdienst ist die Annahme von Anwärtern für den gehobenen mittleren Dienst der Steuerverwaltung noch gesperrt. Bei der Zollverwaltung dürften Einstellungen in beschränktem Umfang zu erwarten sein. Bei der Finanzverwaltung werden voraussichtlich jährlich einige Assessoren zugelassen werden können. — Damit vergleiche man die Sorgen der Begründung der Lehrerbildungsvorlage um genügend Beamtenwachstum infolge der Konkurrenz der Lehrerbildungsanstalten!

Keine Änderung der Besoldungsordnung? Bei einer Besprechung mit Vertretern demokratischer Beamter teilte Reichsfinanzminister Dr. Reinhold mit, daß eine Änderung der Besoldungsordnung jetzt nicht beabsichtigt sei. Vielleicht käme man bei Besserung der wirtschaftlichen Lage darauf zurück.

Spielplätze statt Sportarenen. Das preuß. Wohlfahrtsministerium veröffentlicht Richtlinien über die Anlegung von Spiel- und Sportplätzen, in denen es als wichtig bezeichnet wird, die vorhandenen Geldmittel der Gemeinden und des Staates mehr zur Anlegung zahlreicher einfacher Spielplätze auf dem Lande als für große und teure Kampfstätten zu verwenden, die nur an größeren Orten erforderlich sind. Große Klubbhäuser und Zuschauertribünen sind unnötig, da sie mit Jugendpflege nichts zu tun haben.

Hochschulabbau? Sachsen hat die Forsthochschule Tharandt mit der Techn. Hochschule in Dresden vereinigt. — Hessen hat das pharmazeutische Institut der Techn. Hochschule in Darmstadt aus Sparnisgründen aufgehoben. Dabei kam zum Ausdruck, daß bei der schlechten Finanzlage Hessens die Erhaltung der Landesuniversität Vießen mindestens in der jetzigen Form kaum möglich. — Baden sucht Ersparnisse im Hochschulhaushalt bei den Gehältern der Universitätsassistenten. Doch ist deren Kündigung vorläufig auf 1. Juli verschoben.

Wer macht den nächsten Reichsschulgesetzentwurf? Der neue Reichsminister des Innern, Kälz (Dem.) hat im Hauptauschuß des Reichstags mitgeteilt, er behalte sich die Ausarbeitung des neuen Reichsschulgesetzentwurfs selbst vor; auf Grund zwanzigjähriger Tätigkeit auf diesem Gebiete glaube er dazu befähigt zu sein. (Er war Bürgermeister in Bückeburg, Zittau und zuletzt Dresden.) — Anscheinend hat also die schöne Bereitwilligkeit, mit der Staatssekretär Heinr. Schulz (Soz.) die Schulanträge des Zentrums anerkennt, nicht als Befähigungsnachweis zur Ausarbeitung des 3. Entwurfs genügt. Jedenfalls ist die Rolle des Vaters des letzten Entwurfs in der Kulturabteilung des Reichsinnenministeriums vorläufig ausgespielt. Wie nämlich der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, wird Geheimrat Regierungsrat Gürlich, der Verfasser des Schlesienschen Reichsschulgesetzentwurfs, demnächst aus dem Reichsministerium des Innern ausscheiden und wieder in die preußische Verwaltung zurückkehren.

Ironie des Schicksals.

Soeben kommt uns in dem Augenblick, wo im Badischen Haushaltsauschuß jede wesentliche Verbesserung der Lehrerbildungsfrage durch die Regierungsparteien verhindert wurde, folgende neueste Reichstagsdrucksache Nr. 2041 zu Gesicht:

Nr. 2041

Reichstag

III. Wahlperiode 1924/26.

Antrag

Müller (Franken) und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen, folgendem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:

Entwurf eines Gesetzes,
betreffend

die Vorbildung für die Lehrerbildung nach Art. 143 Abs. 2 der Reichsverfassung.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1.

Als Vorbildung für die Lehrerbildung nach Art. 143 Abs. 2 der Reichsverfassung wird der erfolgreiche Besuch einer Vollanstalt (Reifeprüfung) festgesetzt.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt vom 1. April 1926 in Kraft.

Berlin, den 10. März 1926.

Müller (Franken), Frau Agnes Becker (Herborn), Crispian Hoffmann (Kaiserslautern), Jacobshagen Janschek Kröger (Rostock), Dr. Levi, Dr. Löwenstein, Dr. Moses, Saupe, Schiller (Hannover), Schreck, Schulz (Bremen), Ströbel, Unterleitner.

Also, in dem Augenblick, wo die Badische Sozialdemokratie nicht einmal das Abitur zu gewähren oder durchzusetzen gewillt ist, nimmt die Sozialdemokratie im Reich anscheinend den Kampf gegen die Inaktivität und für eine einheitliche Lösung im Reich im Sinne der Reichsverfassung wenigstens bezüglich der Vorbildungsfrage auf.

Wo liegt nun die Wahrheit?

Angeichts solcher unlösbaren Widersprüche genügt es, auf sie gebührend hinzuweisen.

Aus den Vereinen.

B. L.-V. Bad Freyersbach. Die Eröffnung des Betriebes erfolgt am 27. März. Anmeldungen für die Osterferien wollen baldigst erfolgen. Wir nehmen auch Berufsfremde auf und möchten hiermit unsere Mitglieder bitten, in Bekanntenkreisen auf unser Heim aufmerksam zu machen.

Die Preise sind die gleichen wie im verflossenen Jahr. Mitglieder des B. L.-V. zahlen als Pensionspreis 4,50 bis 5 M (je nach Zimmer im alten oder neuen Bau). Für Nichtmitglieder erhöht sich dieser Preis um etwa 0,50 bis 1,30 M (je nach Zugehörigkeit zu einer Beamten- oder Angestelltenorganisation).

Für gute und reichliche Verpflegung ist Sorge getragen, auch ist der Keller mit naturreinen Weinen in jeder Preislage versorgt.

Auskunft und Prospekt durch die Direktion Bad Freyersbach, Post Bad Peterstal (Baden).
W. O.

B. L.-V. Mannheim, den 10. März 1926. Antrag des Bezirkslehrervereins Mannheim: Der Beitrag beträgt ab 1. April 1926 für Vollmitglieder 7,20 M, für Doppeltorganisierte 5,40 M, für Ruhestandler 3,60 M. Begründung: Auf der letzten Vertreterversammlung wurden zwei Entschlüsse angenommen, die auf die Gestalt des Beitrages Bezug nehmen. Die eine bestimmt, daß der erhöhte Beitrag nur

für die Dauer eines Jahres eingezogen werden soll, während die andere fordert, daß eine langsame Amortisation der Kaufsumme für den Hirzighof stattfindet. Infolge des ersten Beschlusses ist eine Neuverteilung des Beitrags nötig; zu dieser Festsetzung schlagen wir eine Ermäßigung in obigem Sinne vor. Die Höhe der Ermäßigung ist aber durch den 2. Beschluß insofern bedingt, als die Tilgung eine raschere oder langsamere ist. Wir glauben, daß bei einer Verteilung des Tilgungs- und Zinsdienstes auf 6—8 Jahre jedes Jahr eine angemessene Abzahlung geleistet und der Voranschlag auf der Summe gehalten werden kann, wie ihn der Vorstand im vorigen Jahre der Vertreter-Versammlung zuerst unterbreitete. Unter Zugrundelegung dieses Voranschlages hatte der Vorstand Beitragsätze in oben angeführter Höhe vorgesehn. Diese Zahlen, welche auch für den Rechner geeignet sind zum geschäftlichen Verkehr, haben wir uns zu eigen gemacht und schlagen sie der Vertreterversammlung vor.

Der Vorsitzende:
A. Kern.

Der Rechner:
Wilh. Schmitt.

NB. Da der Antrag gemäß § 29 zu spät eingegangen ist, kann er nur noch als Dringlichkeitsantrag behandelt werden.

Bezirkslehrerverein Mannheim. Bei Behandlung der Vereinsaufgabe „Staat und Gemeinde auf dem Gebiet der Schule“ nahm der Bez.-L.-V. folgende Leitsätze an:

1. Die Schule ist Staatsanstalt. 2. Der Lehrer ist unmittelbarer Staatsbeamter. Die Schulaufsicht übt der Staat durch seine von ihm bestellten Schulaufsichtsbeamten aus. Bei Einsetzung der Stadtschulratsstellen haben die Städte ein Mitwirkungsrecht. 3. Die Befolgung der Lehrer und Aufsichtsbeamten erfolgt durch den Staat im Rahmen der staatlichen Befolungsordnung. 4. Die Gemeinden sind am Schulwesen zu beteiligen. 5. Gemeinden mit mindestens 10 % übergesetzlichen Stellen haben das Befolungsrecht, die übrigen Stellen besetzt der Staat. 6. Die Wahrnehmung von Gemeindeaufgaben auf dem Schulgebiet und die Überwachung ihrer Durchführung durch Schulleiter oder Aufsichtsbeamte (Stadtschulräte) ist durch staatliche Dienstweisung bzw. Vereinbarung zwischen Staat und Gemeinde zu regeln. 7. Der eigentliche schulische Aufgabenkreis der Gemeinde ist die Schulpflege und die soziale Schulfürsorge. Zur Bearbeitung dieser gemeindlichen Schulaufgaben ist ein Schulausschuß zu bestellen, dessen rechtliche Stellung gegenüber den Organen der Gemeindeverwaltung dieselbe ist, wie die der übrigen Gemeindeausschüsse. Die Lehrerschaft hat darin Sitz und Stimme. 8. Der Staat trägt die Personallasten ausschl. der übergef. Stellen, die Gemeinde den sachlichen Schulaufwand einschließlich der übergesetzlichen Stellen. Bedürftige Gemeinden sind hierin aus Staatsmitteln zu unterstützen.

Die Meistersinger Textbücher

Edition Schott, Mainz

oder

Reclams Universal-Bibl.

Nr. 5639

je 40 Pfg.

Verschiedenes.

B-Kurs Eßlingen 1904—1907. Freund Kullmann vom A-Kurs hat anscheinend unser eigenes Ausschreiben übersehen und uns nun zum zweiten Male in den „Moninger“ gebeten. Wir wollen daher seiner Einladung folgen und uns am Osterdienstag um 4 Uhr im „Moninger“ einfinden. Auf fröhliches Wiedersehen.
Dorn. Haus. Klupp. Krämer. Lockheimer. Meier. Riß.

Seminar Eßlingen 1896—1899 (A- und B-Kurs). Alle Kursgenossen, die zur Versammlung nach Karlsruhe kommen, wollen dies umgehend mir mitteilen, damit ein Tisch bestellt werden kann.
E. Schüle, Heidelberg-Kirchheim.

Meersburg 1876—1879. Wir treffen uns am Mittwoch, 7. April, abends 5 Uhr in der Brauerei Schrempf, Waldstr. 16, Saal 2. Auf frohes Wiedersehen!
R. Roth.

Seminar II, Eintrittsjahre 1886—87—88—89 und 1890. Die Kollegen der Nachbarkurse aus oben genannten Jahrgängen tref-

fen sich anlässlich der Jubiläumstage des B. L.-V. am Mittwoch, 7. April d. J. nach dem Festkonzert des Karlsruher Lehrergesangsvereins gegen 10 Uhr abends im „Thomasbräu“, Kaiserstr. 73.

Heinrich Luß. Steinhauser. Wagner. Bergdolt.

Seminar I 1885—88. Die lieben Kursgenossen, die an der Jubiläumstagung teilnehmen, bitte ich um baldige Nachricht, damit ich einen gemeinsamen Tisch bestellen kann. Im Auftrag: E. Ruß, Karlsruhe, Uhlandstr. 5.

Vorseminar Billingen 1912—15. Kameraden! Wir treffen uns anlässlich des Jubiläums in Karlsruhe. Zwecks Tischbestellung bitte ich Euch sofort Nachricht zu geben an Jakob Klein, Karlsruhe, Nowacksanlage 5. Auf frohes Wiedersehen! Euer Erwin Sütterlin, Wiechs bei Schoppsheim.

Seminar I 1911—1914. Meine Aufforderung in Nr. 11 der Schulzeitung haben einige Kursfreunde anscheinend nicht gelesen. Sie seien hiermit zum letzten Mal aufgefordert, mich sofort von ihrem Erscheinen zu benachrichtigen. Karl Hanser, Karlsruhe, Amalienstr. 55.

Heidelberg, 1922—25, IVb Kurs. Wir wollen uns am 6. April beim Empfangsabend in der Festhalle treffen zum fröhlichen Zusammensein. Kommt alle, auch die vom „Hinterland“. Tisch ist bestellt. Auf frohes Wiedersehen! Hans Hofheinz, Heinrich Vogt.

Seminar Meersburg 1903—1908. Liebe Kursgenossen! Die Jubiläumstagung des Bad. Lehrervereins ist eine Gelegenheit, sich nach nahezu 20jähriger Trennung wiederzusehen. Zwecks gemeinsamen Zusammenseins am Begrüßungsabend des 6. April beabsichtige ich einen Tisch zu bestellen und bitte um Anmeldung bei mir. Mit Dank und Gruß Wilhelm Jörger, Karlsruhe, Akademiestraße 63.

Seminar Eßlingen 1902—05. Ich glaube, daß doch auch viele von uns sich in Karlsruhe treffen möchten. 21 Jahre sind doch sicher eine lange Zeit. Wer mitmacht, möge mir recht bald Nachricht geben.
Väcker, Bühlertal-Oberthal.

Seminar II (B-Kurs) 1919—1922. Liebe Kameraden! Wir treffen uns Dienstag, den 6. April, abends 7 Uhr, am Bismarckdenkmal vor der Festhalle. Bitte umgehende Zusage an Adolph Niesel, Karlsruhe, Berdmüllerstr. 31, damit ein gemeinsamer Tisch bestellt werden kann. Keiner darf fehlen! Alles weitere dann bei Zusammenkunft!
H. Schön. A. Riedel.

Meersburg 1896—1901. Von den 30 noch lebenden Kursgenossen haben mir bis jetzt 12 noch keine Nachricht zugehen lassen. Alle übrigen haben den Wunsch ausgesprochen, der Kurs möchte das 25jährige Dienstjubiläum an Pfingsten in Meersburg feiern. Ich sehe die Zustimmung aller zur Aufstellung eines Programmes für Meersburg voraus und werde einen Entwurf zum Lehrervereinsfest nach Karlsruhe mitbringen, wo ich den Kurs möglichst vollzählig anzutreffen hoffe. Freund Hug, Karlsruhe, ist gebeten, uns zum Begrüßungsabend in der Festhalle einen Tisch frei zu halten.
Vetter.

Gengenbach 1914—1917 und Seminar II (B-Kurs) 1917—1920. Liebe Kursgenossen, zwecks Tischbestellung zum Empfangsabend der Jubiläumstagung erbitte ich umgehend Eure Zuschrift. Frohes Wiedersehen und Gruß!

Paul Maier, Karlsruhe-Grünwinkel, Forchheimerstr. 27.

Seminar Eßlingen 1917—1920. Liebe Kursgenossen! Erscheint recht zahlreich zur Jubiläumstagung. Tischbestellung für Dienstagabend würde ich bei umgehender Benachrichtigung übernehmen.
Otto Laumann, Oberhausen, A. Bruchsal.

Seminar Eßlingen 1908—1911. Liebe Kursgenossen! Nach den mir gewordenen Mitteilungen treffen wir uns am Begrüßungsabend am Dienstag, dem 6. April, an einem Tisch, der bestellt ist. Dann haben wir den Mittwochnachmittag wieder für uns. Meldet Euch alle an sofort und nicht erst lange abwarten.
Hofherr.

Eßlingen (A-Kurs) 1905—1908. Liebe Kursgenossen! Trotzdem auf meine Anregung in der Schulztg. vom 27. Februar sich nur wenige gemeldet haben, habe ich einen Tisch für uns reservieren lassen. Wir treffen uns also am 6. April, Dienstag, abends um 1/8 Uhr, in der Festhalle. Am Mittwoch schlage ich ein gemütl. Beisammensein vor und zwar am Nachmittags 1/3 Uhr im „Goldenen Adler“ beim Marktplatz. Auf frohes Wiedersehen! Friedr. Hirth.

Seminar II 1901—1904. Auch für uns ist ein Tisch belegt.
Karl Müller.

Pestalozzi-Stiftung Mannheim. Die diesjährige Generalversammlung hat einstimmig beschlossen: Da die etwaigen Jahreszinsen heute noch nicht übersehbar sind, ruht die Vereinsfähigkeit bis zur Generalversammlung im Februar 1927. Bis dahin werden weder Beiträge erhoben noch Benefizien bezahlt. Dieser Beschluß unsern auswärtswohnenden Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis.
Fritz Bock.

Bücherschau.

Die hier angezeigten Bücher liefert die Sortiments-Abteilung der Konkordia A.-G. Bühl (Baden) zu Originalpreisen.

Heinrich Vierordt: Das Buch meines Lebens. 358 S.; mit einem Bildnis des Dichters; geh. 8 M.; geb. 11 M. Greiner und Pfeiffer, Stuttgart.

Die Vorzüge der Kunst Vierordts zeichnen auch dieses Lebensbuch aus: klare Bildhaftigkeit, starker reinmenschlicher Gehalt. Als Lebenserinnerungen bringen uns die Bilder dieses Buches unmittelbar in die atmende Nähe des Künstlers und zeigen uns einen Menschen von seltener, fast kindlicher Reinheit des ganzen Wesens. Mit wohlthuender Vorurteilslosigkeit tritt er vor jede Lebenserscheinung hin und zeigt sie uns im Spiegel seiner erstaunlichen Schaukraft. „Ein schaffender, in keinerlei Parteischranken eingezwängter, von keiner hochschulmeisterlichen Ränkesucht beeinflusster, im Wildwuchs völliger Vorurteilslosigkeit sich tummelnder Dichter“, so zeichnet er sich selbst. Diese Erinnerungen sind zugleich Beiträge zur Kulturgeschichte der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts; eine Fülle von Landschaften und Personen zieht an uns vorüber. Ehrfürchtige Dankbarkeit hat Vierordt in Bekanntheit mit einer großen Zahl der bedeutendsten Persönlichkeiten jener Zeit gebracht; er war zeit seines Lebens ein „Pilgerim und Wandersmann“. Das Buch ist ein wahrer Jungbrunnen in seiner reinen, tiefen, schlackenlosen Menschlichkeit.

Dr. F. Breuer: Ludwig Richter und Goethe. 53 Abb.; 63 S.; gr. 8; 3 M.; Teubner, Leipzig, 1926.

Das ist ein sehr feinsinniges Fest, woraus allerlei zu lernen ist: Geschichtliches, Ästhetisches, Psychologisches. Von Hebel rühmt Goethe, daß er es verstanden hätte, die Natur zu verbauern; von Richter wäre Goethe gegenüber zu rühmen, daß er es verstanden habe, Goethe ins Wiedermeiersche zu übersetzen. Mit seinem Spürsinn geht der Verfasser den Berührungspunkten beider Künstler nach, wobei viel zu entdecken ist über Goethes Gemütsstiefe und Lust, sich in einfachste Bürgerlichkeit zu vertiefen, und über Richters innere Weite, die es ihm sogar ermöglicht, parodistische Zeichnungen auf die Werthergeschichte zu gestalten. Das Fest ist ein Leckerbissen für künstlerische Feinschmecker.

Volkstümliche Übungen. Leichtathletik. Ein Lehrgang ihrer Technik für Schule und Verein von Turnlehrer E. Loges. 3. verbesserte Auflage. Mit zahlreichen Federzeichnungen von Maler G. Mink, Hannover und anderen Abbildungen. Beilagen: Je 1 Plan für Klassenziele und zur Feststellung der Jensur für Knaben und Mädchen. Kart. 2,80 M. Teubner, Leipzig, 1926.

In dem vorliegenden Buche entwickelt ein bekannter Fachmann einen methodischen Aufbau des gesamten Übungstoffes. Der Verfasser betont nachdrücklich, daß die *U n r e g u n g z u r S e l b s t b e f ä h i g u n g* den Kern der Lehrweise ausmachen soll. Unter Berücksichtigung der Psychologie wird die Technik der Gesamtbewegung bis ins kleinste entwickelt und bei jeder Abungsart mit einer Reihe von indirekten und direkten Vorübungen der genaue und sichere Weg zur Erlernung der Gesamtbewegung dargestellt.

F. r. K e m m: Turnen und Spiel. 2. Aufl.; 305 S.; Halbl. 3,8 M.; Verlag der Konkordia, Bühl (Baden), 1925.

Das Buch will Lehrern, Turnwarten, Vorturnern und Vereinsleitern ein Helfer und Führer sein. Auf Grund seiner reichen Erfahrung als Turninspektor und Leiter von Turnkursen hat der Verfasser hier Turnen und Spiel bearbeitet, gibt zahlreiche Übungen mit Beschreibung in Wort und Bild und Winke für die Durchführung. Das Buch hat sich im Gebrauch bewährt und deshalb nach kurzer Zeit schon eine zweite Auflage nötig.

Die Schulfeier. 80 S.; Herausgeber: Berufswissenschaftliche Hauptstelle des Bap. Lehrervereins. Verlag: Südd. Lehrerbücherei, München, Rosenf. 7.

Wegweiser und Stoffe für Schulfeiern werden hier geboten. Aus reicher Erfahrung wird Handreichung gegeben zur würdigen, geschmackvollen und erzieherischen Schulfeier. Praktische Beispiele sind vorgeführt und reicher Quellenstoff aus Musik, Dichtung, Bühnenspiel ist verzeichnet, ebenso ein Bezugsquellenverzeichnis. Das Fest ist wirklich ein Wegweiser und erspart namentlich dem abseits wohnenden Kollegen zeitraubendes und mühevolleres Suchen.

H. St. Chamberlain: Rasse und Persönlichkeit. 200 S.; Hlbb. 5 M.; Bruckmann, München, 1925.

Der Band enthält Aufsätze, die vom Verfasser zu verschiedenen Zeiten veröffentlicht worden sind, die aber von einem Leitmotiv durchzogen sind, das im Titel angedeutet ist. Was für eine Frage Chamberlain auch behandelt, man hat immer den Eindruck einer frischen geistigen Kraft, die ohne Vorurteile, geleitet von einem sichern Instinkt, den Problemen ins Herz schaut. Seien es politische, ästhetische, wissenschaftliche, kulturphilosophische Angelegenheiten, immer erfahren wir überraschende und wesentliche Aufklärung in einem Stil, der das Lesen zum Genuß macht auch

dann noch, wenn man mit dem Verfasser nicht übereinstimmt. Chamberlain ist es aber gar nicht um Überredung zu tun, sondern um Aufforderung und Anleitung zu eigenem Urteil.

Vom Peterli zum Prälaten. J. P. Hebels Leben in zwölf Geschichten und Gedichten von Hermann Vortisch. Mit Bildern von Fritz Quidenus. 181 S. 8°, Eugen Salzer in Heilbronn, 1926. Geb. 3,40 M.

Als heimlicher Weihnachtsgruß vom Verfasser kam mir das Bächlein ins Haus und hat uns und andern rechte Heimat- und Hebelstunde gemacht. Wir Lehrer und grad auch die alemannischen im Unterland müssen uns schon jetzt besinnen, wie wir an unseren Schulen im nächsten September den Landsmann, den alemannischen Dichter und Deutschlands besten Volkserzähler feiern wollen. — Denen, die es fühlen und wissen, wie Hebel allein ehrlich gefeiert werden kann, ist es eher bang vor dem Hebelstunde. Hebels Art und Geist ist gerade dem, was sich draußen breit macht, ist dem ruhe-, humor-, freud- und lieblosen öffentlichen Getöse so entgegen- gesetzt, daß man sich als bodenkündiger Alemanne und Wiesen- tälner am liebsten vor der drohenden Flut von Aufsätzen, Büchern, Bildern, Texten, Reden in Sicherheit bringen möchte. Proben, ganz handgreiflich grobe, von solcher „Jubiläumsgeschäftshaberei“ haben wir leider schon erlitten. Wie kann man hoffen, daß auf solche Weise unserer kranken Zeit durch Hebel und sein Festjahr könne geholfen werden? Gegen solche graue Stimmung hat mir Hermann Vortischs Bächlein geholfen. Es hat mir gezeigt, daß Hebelart noch wirkt und lebt, daß es noch einen großen Kreis von Menschen gibt, die das Recht haben, den Dichter zu feiern. Es hat mir aber auch Mut gemacht zu glauben, daß es sogar Pflicht unserer Schule ist, auch der im Unterland, durch eine schöne Hebel- feier uns selbst und unsere Jugend zu erfreuen.

Möge darum kein Lehrer und keine Schule, die Hebel feiern will, es versäumen, aus diesem Bächlein die rechte Stimmung dafür zu gewinnen.

S. R.

Bereinstage.

Die Einladungen für Konferenzangelegenheiten und Bereinstage müssen spätestens **Mittwoch 12 Uhr** mittags in der Druckerei Konkordia A.-G., Bühl sein. Wir bitten höflich sowie dringend diesen Zeitpunkt einzuhalten, denn es ist uns leider nicht möglich, die verspäteten Schreiben noch zu berücksichtigen, damit in der Bereinstage keine Verzögerungen eintreten.

Durlach. Der Pestalozziverbandsbeitrag 1. Hälfte 1926 ist fällig und erbitte ich Zahlungen auf eines meiner Konten: Bankkonto: Beamtenbank Karlsruhe Konto 7754, Postcheckkonto 18907 Post- scheidamt Karlsruhe, Giro-Konto 105 Sparkasse Weingarten baldigst. Die Rückstände von 1925 wollen nun auch erledigt werden. Bei Überweisungen Angabe des Kontos nicht vergessen.

Keller, Bezirksverwalter.
Eberbach. 27. März, nachm. 3 Uhr Konferenz im „Bahnhof“ Eberbach. L.-D.: Staat, Gemeinde und Schule (Herr Wohlfarth). Es sind in unserer Konferenz immer noch Beiträge rückständig, die teilweise seit 4 und 6 Monaten verfallen sind. Durch diese Lässigkeit ist dem Hauptrechner jede Geschäftsführung erschwert. Es wird hiermit dringend ersucht, sämtliche fehlenden Beiträge unverzüglich unserem Rechner, Herrn Bauer-Eberbach, übermitteln zu wollen.

Körach-Waldshut. Ruheständlerversammlung am Mittwoch, den 24. März, nachm. 3¼ Uhr im „Hirschen“ zu Schopfheim.

Meskirch. Samstag, 27. März, nachm. 3 Uhr Tagung in der „Sölle“. Volljähriges Erscheinen wird erwartet.

Säckingen-Tal. Die Mitglieder des Pest.-Vereins wollen ihre Beiträge für 1. Halbjahr 1926 entweder auf mein B. B. W.-Konto Nr. 21639 überweisen oder direkt an mich bezahlen, aber spätestens bis 27. d. Mts.

K. Rein.
Staufen. Die Mitlieder des Pest.-Vereins werden ersucht, den Beitrag für 1. Halbjahr im Verlaufe d. Mts. an Herrn „Stief- vater-Norsingen“ zu bezahlen.

Pfeffer.
St. Blasien. Mittwoch, 24. März, 2½ Uhr „Schulhaus“. L.-D.: 1. Die schulpolitische Lage. 2. Erledigung der Eingänge. 3. Bitte um schriftliche Berichte über die Erfahrungen mit dem neuen Lesebuch. 4. Abschiedschoppen.

Wernef.
Hierzu eine Beilage: Die Lehrerbildungsfrage im Haus- haltsausschuß des Badischen Landtags.

Dem anliegenden Prospekt der **Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G.** empfehlen wir jedem zur freundl. Beachtung, der sich zur Lebensversicherung eintragen lassen will.

Dieser Nummer liegt ein Prospekt des **Huhle'schen Verlags** in Dresden bei, auf den wir besonders hinweisen. Er bringt Terrorroben (und ihre Auswertung im Unterricht) aus einem von Prof. Dr. Kühnel, dem bekannten Rechenmethodiker, selbst mit bearbeiteten Rechenwerk für Volksschulen, das in Urteilen u. a. als „Spitzenleistung“, als „das vorzüglichste auf diesem Gebiete“, das „Beste und Billigste“ gerühmt wird.

Unsere heutige Ausgabe liegt ein Prospekt des **Neuchlin-Verlags** in Pforzheim bei, den wir unseren Lesern zur freundlichen Beachtung empfehlen.



PIANOS * FLÜGEL

von Jbach, Steinway, Schiedmayer, Uebel & Lechleiter, Zimmermann
Für Lehrer günstige Zahlungsbedingungen. Kataloge bitte kostenlos verlangen.

H. MAURER, KARLSRUHE Kaiserstraße 176, Eckhaus Hirschstraße
Die Firma hat keine Reisenden und Filialen!

Der schulentlassenen Jugend zum Andenken und Geleit Merkblätter fürs Leben

von Dr. Georg Stucke

20. Auflage

In neuer schöner Ausstattung!

Einiges aus dem Inhalt:

Aus der Schule	Du und andere
Deine Bestimmung	Das goldene Schweigen
Das Glück	Achtung vor sich selbst
Der Beruf	Prüfungen
Die kostbare Zeit	Selbstvertrauen
Vergeßen und Hoffen	Körper und Geist
Vorbilder	Des Lebens Vollendung

Preis hart. Mk. 0.80

Konkordia A.-G. für Druck und Verlag, Bühl (Baden).

Zu verkaufen

älteres, gut erhaltenes

Harmonium

mit 16 Registern für Vereine oder Kirche gut gelautet.

K. Elsässer, Hauptlehrer
Birkendorf.

PIANOS

hervorragend ton-
schöne eigene, sowie
fremde Fabrikate

sehr preiswert und in
reicher Auswahl vorrätig

Scharf & Hauk

Piano- und Flügel-Fabrik
Mannheim C 4. 4.

Deutsche

Katechesen

nebst Wort- und Sach-
erklärungen und einem
Stoffverteiler.

Im Anschluß an die neuen
Legebücher.

Verfaßt von Rektor
Karl Müller, Karlsruhe
(ehedem Oberlehrer am Seminar II)
85 Seiten Post-Ökt. Preis 3.80 Mk.

Verlag von
Oskar Raz, Bruchsal

Tausch.

Welcher kath. Unterlehrer in der
Gegend zwischen Karlsruhe und
Mannheim-Heidelberg (auch Neckar-
tal) würde tauschen mit Kollegen in
schöner Orte in der Baar. Gute
Schul- und Lebensverhältnisse. An-
gebote unter Sch. 3476 an die Kon-
kordia A.-G., Bühl (Baden) erbeten.

Der Klassenunterricht im Zeichnen.

Handbuch mit 220 Abbildungen

Vierte stark vermehrte Auflage

von H. Eyth.

Gebunden Preis 2.50 Mk.

Konkordia A.-G., Bühl (Baden).

Emata / Alla

Die beiden unzerbrechlichen
Schultafeln liefern wir, um
d. Lager zu räumen, zum stark
herabgesetzt. Stückpreis von
60 Pfg.

Es empfiehlt sich umgehend
zu bestellen.

Zwischenverkauf vorbehalten!
Konkordia, Akt.-Ges.
Bühl (Baden)

Harmoniums

für Kirche, Schule u. Haus
liefere ich in Ia-Qualität,
preiswert, frachtfrei und zu
kulanten Bedingungen.
Katalog frei. Vermittler
erwünscht.

Friedrich Bongardt, Barmen
Mitinh. d. Harmoniumfabrik
Bongardt & Herfurth.

Fidele

Nachhilfestunden

von Chr. Vorbeck
staatl. geprüfte Sprach-
lehrerin, Mannheim

Ein reizendes Spiel in der
Art des früheren Bilder-
lotto zur spielenden Er-
lernung der englischen
oder französischen
Grammatik.

Preis Mk. 5.-

Zum Klassenwechsel

zu beziehen durch die
Konkordia A.-G.

Gerdämige, beschlagnahmefreie

3-Zimmer-Wohnung

auf Reichenau mit prächtigem Blick
auf Untersee und Rhein unter gün-
stigen Bedingungen auf 15. April
zu vermieten.

Angebote vollst. 120
Insel Reichenau.

Besonderer Verhältnisse wegen
verkaufte ich meinen

Stuß-Flügel

altbewährte Markenfabrik, schwarz
poliert, 160 cm lang, zu RM. 1850
nur gegen Barzahlung. Adressen
von Kaufleuten erbeten unter
Sch. 3472 an die Konkordia A.-G.,
Bühl (Baden).

BÜLOW- Pianos und Flügel

„Die Qualitäts-Mark“

Neue und gebrauchte liefert
an die löbl. Herren Lehrer zu
allerbilligsten Preisen auch
bei Teilzahlung.

Franko-Lieferung-Ab-
bildung sofort postfrei.

FR. SIERING

Mannheim C. 7, Nr. 6

Tausende Referenzen, be-
sonders aus Lehrerkreisen.
Vertragslof. für Lehrer-
und Beamten-Vereine.

Pianos-Harmoniums

zu günstigen Preisen
und Bedingungen.

Eugen Pfeiffer

Nur altbewährte Qualitäts-Fabrikate!
Verlangen Sie bitte kostenlose Zusendung meines Katalogs.

Franko Lieferung.

Heidelberg Gegr. 1865 Hauptstr. 44

Als Oster-Geschenke eignen sich besonders

„Die Bücher der Rose“ und „Die Blauen Bücher“

Preise von 4-6 Mk.

Preise von 2.20-3.30 Mk.

Bestellungen erledigt schnellstens die

Sortiments-Abteilung der Konkordia A.-G. f. Druck u. Verlag, Bühl in Baden

Zum Schulbeginn

Religion

Biblische Geschichte (Knecht) geb.	„ 1.30
Mittl. Katechismus, geb.	„ 1.—
Rath. Religionsbüchlein, geb.	„ 1.—
Magnifikat. Schul-Ausgabe	„ 3.20
Bibl. Geschichte (evangl.) geb.	„ 1.30
Katechismus (evangl.) geb.	„ 0.51
Kurze Geschichte der christl. Religion (evangl.) geb.	„ 0.58
Gefangbuch (evangl. Schul-Ausgabe)	„ 2.40
Für die Hand des Lehrers	
Das Kirchenlied im Unterricht, mit Ciederanhang, von Pfarrer Liz. Kühner	„ 1.50

Fibeln

Des Kindes Jugendlust in Haus, Schule und Welt von Göbelbecker	
Ausgabe A	„ 2.80
Ausgabe B	„ 4.—
Comenius-Fibel von Göbelbecker	
Ausgabe A	„ 2.70
Ausgabe B	„ 3.20
Aus unserer Heimat von Göbelbecker	
Ausgabe A	„ 1.80
Ausgabe B	„ 2.—
Offenes Auge, heiterer Sinn von Göbelbecker	„ 1.80
Unter uns Kindern von Wiederkehr	„ 1.51
Deutsche Schreib-Lese-Fibel von L. Köhler	„ 0.50
Kindermelt von Pfeiffenberger	„ 0.70
Des Kindes erstes Schulbuch von Pfeiffenberger	„ 0.70

Deutsche Sprache

Lesebuch, I. Teil (Neuausgabe ersh. Anfang April)	
Lesebuch, II. Teil	„ 2.50
Lesebuch, III. Teil (Neuausgabe ersh. Anfang April)	
Rechtschreibbüchlein für Schüler vom 2. Schuljahr an von Dr. Muckle	„ 0.20
Kleine Rechtschreiblehre von Ludwig Stern mit Schlüssel	„ 0.25
Aufgaben zum deutschen Sprachunterricht von Dr. G. Stucke	
2. Schuljahr	„ 0.45
3. und 4. Schuljahr	je „ 0.55
5., 6. und 7. Schuljahr	je „ 0.65
8. Schuljahr	„ 0.70

Für die Hand des Lehrers

Der Unterricht im Rechtschreiben von D. Eiermann	„ 1.20
110 praktische Diktate, meist in Aufsatzform für das 3. und 4. Schuljahr von August Göller	„ 0.60
Lebensvoller Sprachlehre- und Rechtschreib-Unterricht von Dr. Muckle	„ 2.50
Der Leseunterricht des 2. und 3. Schuljahres von L. Münch	„ 2.40
Etymologisches Wörterbuch. Bestimmte Auskunft über vieles auf kleinem Raum von Dr. Stucke	„ 2.—
Deutsche Wortstippen. Ein Blick in den Verwandtschaftszusammenhang des deutschen Wortschatzes von Dr. Stucke	„ 10.—

Größenlehre

Herrigel-Mang, Rechenbuch (letzte Auflage)	
Rechenfibel 1. Schuljahr	Sch.=R. „ 0.20
2. Schuljahr	Sch.=R. „ 0.30 L.=R. 0.50
3. Schuljahr	Sch.=R. „ 0.30 L.=R. 0.50
Rechenbuch, Heft II, 5. Schulj.	Sch.=R. „ 0.45
„ III, 6. „	Sch.=R. „ 0.50
„ V, 8. „	Sch.=R. „ 0.65 L.=R. 1.10
Unterstufe „ 4. u. 5. „	Sch.=R. „ 0.60 L.=R. 1.—
Oberstufe „ 6. b 8. „	Sch.=R. „ 0.80 L.=R. 1.50
Neue Auflage	
Rechenbuch-Dorftufe 3. Schulj.,	Sch.=R. „ 0.50 L.=R. 1.20
„ Heft I 4. „	Sch.=R. „ 0.65 L.=R. 1.60

Für die Hand des Lehrers

Das Einmaleins und seine Anwendung von D. Eiermann	„ 0.60
Systematisch geordnete Aufgaben für den Unterricht im schriftl. Rechnen von D. Eiermann	
Oberstufe I. Teil (4. Schulj.)	vergriffen
Oberstufe II. Teil (7. Schulj.)	„ 0.30
Oberstufe III. Teil (8. Schulj.)	„ 0.30
Bruchrechenafel mit Anleitung von Dr. Muckle	„ 4.—
Der geometrische Unterricht in der Volksschule von J. Steiger	„ 1.20
Der Rechenunterricht in der Volksschule von J. Steiger. Band I	„ 1.70
Der Rechenunterricht in der Volksschule von J. Steiger. Band II	„ 1.50
Zähringer's Zählbahnsystem	
Ausgabe I für das 1. Schuljahr	
Nr. 1 und 2	„ 13.50
Ausgabe II für das 2. Schuljahr	
Nr. 1, 2, 3, 4	„ 24.50
Ausgabe III für das 3. u. 4. Schuljahr	
Nr. 1, 2, 3, 4, 5	„ 37.—
2 Zählbahnständer, je „ 5.—	„ 10.—

Heimatkunde

Heimatkunde für das 2. Schuljahr von Janon und Heißmann	„ 2.—
Heimatkunde. Mit besonderer Beziehung auf Stadt und Umgebung von Heidelberg. Von Fr. Krönlein	„ 1.50
Das Wiesental, eine heimatl. Wirtschaftskunde von Dr. Humpert	„ 1.20
Aus unserer Heimat. Geschichtliche und geographische Bilder vom Untersee und Hegau.	„ 1.50
Heimatkunde für das 1. Schuljahr v. W. Sambel	„ 2.50
Heimatkunde für das 2. Schuljahr von Sambel	„ 2.—
Heimatkunde von Streng, Teil I	„ 2.40
Heimatkunde von Streng, Teil II	„ 2.40
Heimatkunde von Streng, Teil III	„ 1.50
Badener Land von Streng (Schülerausgabe)	„ 0.60
Mein Heidelberg. Wie es wurde und wie es ist. Von W. Zähringer	„ 4.50

Konkordia, A.-G. für Druck und Verlag, Bühl (Baden)

Zum Schulbeginn

Erdkunde

Dolkschulgeographie von Hoffmann, Heft II	„	0.20
Kulturgeographie mit besonderer Berücksichtigung der Wirtschafts- und Handelsgeographie von Dr. Ph. Muckle	„	0.75
Handkarten		
Kärtchen von Baden von R. Bürkel	„	0.20
Karte von Baden und Württemberg von Lenz-Urban	„	0.35
Heimatkarte von Baden zu Schmidt-Friß-Schul-atlas, physik. und polit. Ausführung	„	0.25
Karte von Baden von Diercke	„	0.25
Karte von Württemberg, Baden und Hohenzollern in Umschlag von Seytler	„	0.30
Württemberg und Baden von Hörle	„	0.30
Atlanten		
Badischer Schulatlas von Ischler		
Ausgabe A kart.	„	2.30
Ausgabe B „	„	3.40
Badischer Schulatlas von Schmidt-Friß A	„	2.15
B „	„	2.30
Ausgabe A bro.	„	1.60
Ausgabe B „	„	1.90
Ausgabe B geb.	„	2.50
Kleiner Dolkschulatlas von Harms	„	1.—
Kleiner Dolkschulatlas von Lange-Diercke	„	1.—
Billige Atlashefte von Harms		
Heft 1: Deutschland	„	0.50
Heft 2: Europa	„	0.60
Heft 3: Fremde Erdteile	„	0.40
Alle drei Hefte in einem Band geb.	„	1.50

Naturkunde

Die Naturlehre in der Dolkschule. Anleitung zur Erteilung des physikalischen und chem. Unterrichts in der Dolkschule von Th. Reinfurth (Erscheint im April in neuer Auflage)

Geschichte

Deutsche Geschichte mit besond. Berücksichtigung der Kulturgeschichte von Dr. Muckle		
I. Heft (6. Schuljahr)	„	0.60
II. Heft (7. Schuljahr)	„	0.40
III. Heft (8. Schuljahr)	„	0.60
Der Vertrag von Versailles. Für die deutsche Jugend dargestellt von Seminarlehrer Fr. Walter	„	1.40

Zeichnen

Der Klassenunterricht im Zeichnen von Zeicheninspektor H. Eyth	„	2.50
Schmuckübungen in der Dolkschule von W. Schäber	„	2.50
Hans-Thoma-Zeichenblock (weiß)	„	0.25
Hans-Thoma-Zeichenblock (grau)	„	0.20
Zeichenblätter weiß (100 Stck.)	„	1.50
Zeichenblätter gelb (100 Stck.)	„	1.—
Zeichenblätter grau (100 Stck.)	„	0.50
Zeichenunterlagen	„	0.10

Gefang, Spiel, Turnen

Badisches Liederbuch von O. Autenrieth		
1. Heft: Unterstufe	„	0.70
2. Heft: Mittelstufe	„	1.50
3. Heft: Oberstufe (erscheint Anfang April)		
Methodik des Gesangsunterrichts an Dolks- und Mittelschulen von L. Haupt	„	0.85
Reigen für Mädchen von G. Kaller	„	0.50
Turnen und Spiel. Leibesübungen im Aufbau für Schule und Verein. Von Fr. Remm	„	3.60

Hilfsbücher

Unterrichtsplan für die Dolkschule von Geh. Reg. Rat Dr. Stocker	„	4.—
Cauer-Friß-Höfler, Ratgeber für Schüler-Bibliotheken	„	1.25
Aus der Praxis von Hugo Möhr	„	0.75

Für die Fortbildungsschule

Allgemeine Fortbildungsschulmappe		
Für Knaben Ausgabe A: I., II., III. Jahrg je	„	1.05
Schnellhefter hierzu	„	0.20
Gemischter Jahrgang mit Schnellhefter	„	1.55
Für Mädchen Ausgabe B: Einheitsmappe für Schulen mit 2 oder 3 Jahrgängen mit Schnellhefter	„	2.05
Kontobücher pro Stück	„	0.15
Lehrer-Ausgabe	„	3.20
Mappe für Fortbildungsschüler v. A. Kammerer	„	1.—
Ratgeber für den schriftl. Verkehr von J. Braun	„	3.—
Material- und Warenkunde von A. Ott	„	3.—
Leitfaden zur Gesundheitslehre, Krankenpflege und ersten Hilfe in Unglücksfällen	„	0.50

Bereits jetzt liefern wir auf Rechnung des neuen Schuljahres. Durch zeitige Bestellung auch der in Vorbereitung befindlichen Werke sichern Sie sich pünktliche Lieferung. Unsere Lehrmittelabteilung gibt auf Verlangen gern den ausführlichen Lehrmittelkatalog sowie einen Sonderprospekt über unsere Lehrmittelsammlung von Stocker-Ischler ab.

Konkordia, A.-G. für Druck und Verlag, Bühl (Baden)

Pianohaus Karl LangKarlsruhe
Kaiserstr. 167Nürnberg
Karlstr. 19 u.
Königstr. 70München
Theaterstr. 46Augsburg
Elermarkt D 12/14
(Börsengebäude)Straubing
Simonhöllestr. 8Günstige Preise und Bedingungen werden Sie bei Kauf und Vermittlung veranlassen,
mein Lager zu besichtigen.**Göbelbecker's**
Comeniusfibel u. Kindfibel
(„Lernlust“) („Jugendlust“)

jede vollständig neubearbeitet und seitenweise mit werkkunnterrichtlichen Umrisszeichnungen versehen

finden glänzenden Beifall

Letztere gelangt kommende Ostern u. a. auch an der

Karlsruher Volksschule

nach fast einstimmiger Entscheidung der dortigen Lehrerschaft

zur Einführung.

Beide Fibern sowie auch

Göbelbecker's Heimatfibel

die ein bad. Kreisschulrat eine „Musterfibel“ nannte, erscheinen je in zwei Ausgaben: Ausgabe A enthält nur Tondruck, Ausgabe B Ton- und Buntdruck-Bilder. Weiteren Aufschluss vermögen die Herren Konferenzvorsitzenden zu erteilen.

Verlag Otto Nemnich
München und Leipzig

Vertrieb auch durch die

Konkordia A.-G., Bühl i. Baden.**Für Schulentlassung und Schulaufnahme.**Lebt wohl von Kreisschulrat Dr. Gottwald (6 Anspr. f. d. Schulentl.)
1 Mk. In der Scheidestunde, 3 Schulentl.-Feiern m. 2- u. 3 Anm.
Gel., (Reigen, für einl. ländl., gehob. ländl. u. höchl. Verhältn.) m. Noten
2 Mk. — 10 Schulaufnahme-Feiern m. Anspr. a. d. Eltern 1 Mk.
Zusendung als Nachn. Postcheckkonto 44 000.
Kribe-Verlag, Berlin N 113, Scheweidenstr. 3.**Kaufe gleich-
zähle später!**Herren-Moden
Damen-Moden
Kinder-ModenHerren-Majabteilung
Mäßige Anzahlung
Leichte Abzahlung
(bis zu 6 Monate)
Beamten besonders
Entgegenkommen!**Deutsche
Bekleidungs-
Gesellschaft** m. b. H.
Karlsruhe Mannheim
Kronenstr. 40 P. 4.11

Wegen Wegzug ein neues, schwarz eichenes

Herrenzimmerbestehend aus: Diplomaten-Schreibtisch, Tisch, Bücherschrank, 4 Stühlen und 1 Schreibtischstuhl (alle 5 mit Rindleder überzogen) zu verkaufen. Kollegen erhalten Ratenzahlungen. Während den Osterferien in Wiesloch, Gerbersruhstr. 39 anzusehen. Nähere Auskunft erteilt **J. Häuser, Unterlehrer, Möhringen (Bad.)**.Vergebe wieder hl.
Darlehen
an Lehrer zc. gegen Leb.-Vers.-
Abschl. bei ratenm. Rückzahlg.
Prospekt gratis.
F. Reitz, Gen.-Ag.
Neu-Isenburg 3
Besteht seit 1902 964150 Pfund garantiert reinen
Blütenhonig
hat zu verkaufen.
Emil Linsl 3, Linslmühle
Post Löffingen.**Gemischte Chöre:**
Fied auf den Weihen Sonntag,
Fronleichnamssied, 4 Vent creator,
Noch ist der Heiland da.
Männerchöre:
Trauungslied.
Weltliche Lied:
Rote Rosen, Schwarzwaldbanner-
röschen, O Freiburg.
Theodor Lipp, Hauslehrer
Offenburg, Mittelgasse 24.**Zeichenblock**
„HANS THOMA“
Grau 20 Pfg., weiß 25 Pfg.
Konkordia, Akt.-Ges.
Bühl (Baden)**Der Kleintier- und
Gartenfreund**Illustrierte Wochenschrift
für Geflügel-, Kaninchen-, Ziegen-
Hunde- und Vierenzüchter
sowie Gartenbesitzer.
Erscheint jeden Freitag.
Preis im Vierteljahr nur 1,50 Mk.
Lehrreiche und leicht verständliche
Artikel von ersten Mitarbeitern für
alle Gebiete der Kleintierzucht
u. d. Gartenbaues.Jeder Abonnent ein Preisrat im
Vierteljahr im Werte von 1,50 Mk.
Probenummern kostenlos v. Verlag:
Buchdruckerei Mich. Nagin
Koblenz (Bf.)**Fett-Käse**Hollstein, Tilsiter, Speckig und
schnittig, 9 Pfd.-Brode 5 50
9 Pfd. Holst. Kugelkäse 4 05
9 Pfd. 20% dan. Edamer 7 95
Bismarkheringe, Rollmops o.
Bratheringe à Postdose 4 10.
Nur la Ware lief. ab hier
Nachn. freibl.**Chr. Mehrens**
Nortorf (Holst.) Nr. 2.**PIANOS**Qualitätsmarken
Vorteilhafte Preise
Reichhaltige Auswahl
Bequeme Teilzahlungen
Franko-Lieferung
Heckel, Pianohaus
— gegründet 1821 —
Mannheim O 3, 10
Kunststrasse.**Hahn's Schullinten**Seit 1882 in Tausenden von
Schulen im Gebrauch.
Preisliste kostenfrei.
Tintengeschäft
Gust. Ad. Hahn
Oberesslingen (Wttb.)**Schuster & Co.**Markneukirchen 145
**Kronen-
Instrumente**
und Salten.
— Preisliste frei. —
Rabatt für Lehrer**Alte
Wollsachen**werden seit 50 Jahren zu
guten Damen- und Herren-
stoffen, Decken u. Teppichen
umgearbeitet. Muster frei.
H. Schmidt I.
Weberstr. u. Spinnerei,
Grünberg 31 (Hess.)**Pianos****Harmoniums**
von edler Klangfülle, dauerhaftes
Fabrikat, liefert zu leichtem
Zahlungsbedingungen
Harmoniums und Piano-Fabrik
D. Goll, A.-G., Freiburg
Magimillanstraße 32

Konkordia A.-G. für Druck und Verlag, Bühl (Baden). Direktor W. V e s e r. Für den Inseratenteil verantwortlich: Fr. J e r r a t h.